

## **Brennstoffzellenbusse für Hannover** (wtr: Regionsfraktion, UBB)

Die Jusos Region Hannover mögen beschließen:

- 5 **Die Jusos fordern** einen Konsequenzen Schritt in Richtung Mobilität der Zukunft. Rats- und Regionsfraktion mögen auf Üstra und Regiobus einwirken, sodass diese dem Beispiel des HVV folgen und Brennstoffzellenbusse testen und einführen.

10 Zudem soll die Region in künftigen Ausschreibungen für Kraftfahrzeuge zunächst immer Elektro oder Brennstoffzellenfahrzeuge (auch Range Extender) ausschreiben und erst, wenn diese Ausschreibung keine Angebote mit sich zieht, herkömmliche Antriebstechniken verwenden.

### **Begründung:**

15 Brennstoffzellen wurden zwar schon häufiger als das Produkt der Zukunft gepriesen, jedoch ist nun tatsächlich die Chance, dass im Zuge der Energiewende ihre Zeit gekommen ist.

Brennstoffzellen nutzen die gespaltenen Wassermoleküle und lassen diese zurückreagieren. Die hierbei freigesetzte Energie wird in Elektrische umgewandelt und kann zum Antrieb eines Kraftfahrzeugs dienen. Da die Wassermoleküle zuvor gespalten werden müssen, handelt es sich bei dieser Technologie um eine Speichertechnologie. Genau hier liegt der Vorteil. Zu regenerativen Energien speisen nicht nur bedarfsorientiert Energie ein - stattdessen kommt es zu Spitzen.

20 Um daraus resultierende Spitzen zu nutzen, kann gespalten werden und so bei Bedarf abrufen. Der klare Vorteil gegenüber Akkumulatoren liegt in der Dauerhaftigkeit der Speicherung. Lithium und Bleivorräte sind begrenzt - Wasser nahezu unendlich.

25 Um Brennstoffzellenbusse flächendeckend zu nutzen, kann der erste Schritt in wirklich saubere Mobilität sein und die Umwelt nachhaltig schonen.

30

35

40

45

## **Chronischen Botulismus als Seuche anerkennen** [wtr: höhere Ebenen]

5 **Die Jusos Region Hannover fordern** die SPD Landes- und Bundesfraktionen auf sich dem Thema chronischer Botulismus zu beschäftigen und Maßnahmen zu erarbeiten, die in Gesetzentwürfe münden sollen.

Dieser Gesetzentwurf muss folgendes beinhalten:

- 10 a) chronischer Botulismus muss als Seuche anerkannt werden
- b) Es muss eine Meldepflicht für betroffene Höfe eingeführt werden
- c) Betroffene Bauern müssen angemessene Hilfeleistungen erhalten
- d) Fleisch, Milch und sonstige Produkte dieses Hofes dürfen ab bekannt werden solcher Vorfälle nicht mehr in den Handel gelangen
- 15 e) Es müssen Forschungen angestellt und gefördert werden, die eine Ausweitung der Seuche verhindern

**Begründung erfolgt mündlich**

20

25

30

35

40

45

50

## **Bildungsauftrag wiederbeleben - Nachwuchskräfte fördern - Gebührenverschwendung stoppen**

5 **Die Jusos Region Hannover fordern** die Länder- und Bundes- SPD auf sich für eine drastische Reduzierung der GEZ Gebühren einzusetzen.

10 Der neue Rahmen soll maximal 5€ monatlich statt 17,95€ betragen und von den Fernsehsendern beantragt werden müssen. Von den Kürzungen ist lediglich der Fernsehanteil betroffen. Der Radioanteil bleibt konstant bei dem entsprechenden monetären Wert.

15 Die Förderung wird nach  $(\text{Gesamtetat Fernsehen} / (\text{Anzahl ÖR Fernsehsender} * 365 * 24 * 60)) [\text{€/min}] * \text{Sendungsminuten [min]}$  vergeben

Um die Förderungen zu erhalten müssen die Sendungen folgende Kriterien erfüllen:

- 15
- 1.) Die Gehälter sämtlicher Beteiligter bei der Produktion und Ausstrahlung darf 8,50 € pro Stunde nicht unterschreiten, was auch Praktikanten die über einen Monat beschäftigt sind mit einschließt
  - 20 2.) KeinE BeschäftigteR bezieht ein Jahresgehalt direkt oder indirekt über 150 000€ durch den Sender
  - 30 3.) Die Sendung die Unterstützung bekommen müssen einen Bildungsauftrag erfüllen.

Darunter fallen insbesondere:

- 25
- a) Nachrichtensendungen
  - b) Dokumentationen
  - c) Filme mit Filmförderungsmitteln
  - d) aufbereitete juristische, politische, wirtschaftliche, technische, soziale, künstlerische, historische, philosophische, gesundheitliche, psychologisch-wissenschaftliche Themen
  - 30 e) Diskussionsrunden zu juristischen, politischen, wirtschaftlichen, technischen, sozialen, künstlerischen, historische, gesundheitliche, philosophischen, psychologisch-wissenschaftlichen, Themen
  - d) nicht kommerzielle Musiker
  - e) Kabarett, Gesellschaftskritik
  - 35 f) Klassiker der Filmgeschichte

Darunter fallen jedoch nicht und erhalten somit auch KEINE Unterstützung:

- 40
- a) Kommerzielle Musiksendungen und Musiker
  - b) Prominews, Adelhochzeiten
  - c) Castingshows,
  - 40 d) Comedy
  - e) Blockbuster deren Sendelizenzgebühren über einem zu definierenden angemessenen Satz liegen

45 4.) Nachwuchskräfte fördern - das heißt ein Drittel der Beschäftigten muss unter 35 sein - gelten tut diese Regelung für jedes Segment einzeln (Regie, Tontechnik, Moderation, etc.)

5.) Auch die Ausbildung - vor allem von "nicht-glatten-Lebensläufen" - muss verstärkt erfolgen um sie in den Arbeitsleben zu integrieren.

6.) Geförderte Sendungen müssen dies im Abspann nennen - Eine Liste der geförderten Sendungen muss im Internet abrufbar sein.

50 Begründung erfolgt mündlich

## **Rohstoffreserven statt Gold!** (wtr: höhere Ebenen)

**Die Jusos Region Hannover fordern** die SPD Bundesebene auf sich für ein Gesetz einzusetzen, dass eine Deutsche Rohstoffreserve in ausreichendem Umfang vorsieht.

5

a) Die Rohstoffreserve soll groß genug sein um 1,5 Monate Produktion der derzeitigen Güter des Maschinenbaus, der Chemie und Elektroindustrie decken zu können

aa) insbesondere sollen in der Reserve Lithium, seltene Erden, Kupfer, Aluminium

10

b) In Zeiten extremer Volatilität - also vor allem Ausreißern nach oben - darf diese Reserve zu Einkaufspreisen nach dem Durchschnittsprinzip an Mittelständische und kleine Firmen, die

aa) mindestens 80% ihrer Produktion in Deutschland haben und

bb) keineN BeschäftigteN oder Leih- und ZeitarbeiterIn beschäftigen der/die unter dem von der SPD geforderten (Mindest-)Bruttostundenlohn bezieht, abgegeben werden.

15

c) Zur vorübergehenden Finanzierung sollen die Goldreserven in entsprechender Höhe abgebaut werden

Begründung erfolgt mündlich

20

25

30

35

40

45

50

## **Sparkassen dürfen keine Spekulativen Finanzprodukte anbieten**

Die Jusos Region Hannover sehen die Sparkassen als wichtigen Kreditgeber und Vermögensverwalter.

5 Sie stellen als einzige Geschäftsbank einen zuverlässigen Ansprechpartner dar, der in jeder Stadt verfügbar ist und somit auch Eigenständigkeit im Alter gewährleistet und zum Verstehen beiträgt.

Gerade deshalb, weil die breite Masse an Kunden der Sparkasse vertraut, dürfen sie keine spekulativen Produkte anbieten.

10

Dekafonds haben selbst für Krisenverhältnisse überdurchschnittlich schlechte Werte gehabt und somit das mühsam ersparte Vermögen vieler Menschen gekostet, die im Glauben und Willen nach sicheren Erträgen Verträge schlossen.

15 **Deshalb fordern die Jusos in der Region Hannover:**

1.) Sparkassen dürfen keine Aktien, Fonds oder gar unsicherere Produkte vertreiben

2.) Deka Fonds muss unabhängig von der Sparkasse werden und keine personellen Übereinstimmungen mit der Sparkasse haben.

20 3.) Sparkassen dürfen nicht für spekulative Finanzprodukte werben, beziehungsweise an damit handelnde Gesellschaften verweisen.

4.) Sparkassen sollen ihrer ursprünglichen Gedanken gerecht werden und die Kreditversorgung sicherstellen und Vermögen sichern.

25 Begründung erfolgt mündlich

30

35

40

45

50

## **Zivilklauseln weiterdenken - Landesgesetze etablieren**

Die Jusos Region Hannover beschließen:

(wtr: höhere Ebenen, SPD Landtagsfraktion, SPD Landesebene)

5

**Die Jusos Region Hannover fordern** die SPD Landesebene in Niedersachsen dazu auf die universitären Zivilklauseln weiterzudenken und nach ihrem Vorbild eine Landesgesetzgebung zu schaffen, die die Waffenforschung an Universitäten generell verbietet.

### **10 Begründung:**

Waffen haben nur ein Ziel: Mit ihrer Hilfe soll getötet werden.

Die Entwicklung von Waffensystemen hat somit, da deren Einsatz einen massiven Eingriff in die persönliche Freiheit darstellt, an einer Universität nichts zu suchen und muss verboten werden.

15

Damit dies gemeinhin an allen Universitäten geschieht bedarf es einer Landesgesetzgebung. Dieses Gesetz stellt folglich keinen Eingriff in die Freiheit der Forschung ein, sondern stellt eine besondere Wahrung der Menschenrechte dar.

20

25

30

35

40

45

50

## Errichtung von Hochbahnsteigen an der Stadtbahnlinie 9

Die Juso-Unterbezirkskonferenz 2012 möge beschließen:

- 5 **Wir Jusos fordern** die Errichtung von Hochbahnsteigen mit Baubeginn vor 2015, auf der Stadtbahnlinie 9 in Hannover-Bothfeld, an den Stationen Kurze Kamp Straße, Bothfelder-Kirchweg und Fasanenkrug.

### Begründung:

10

Hochbahnsteige sind in dem Abschnitt zwischen der Haltestelle Noltemeyerbrücke und Fasanenkrug erst ab 2019 vorgesehen. Die Hochbahnsteige wären aber schon heute zwingend erforderlich, da in Bothfeld viele alte Menschen leben, so wie Menschen mit körperlicher Behinderung. Diese können nicht, oder nur mit fremder Hilfe den Stadtbahnen zusteigen.

15

Die Mobilität gebrechlicher Senioren ist ohne Hochbahnsteige eingeschränkt, wenn sie die Stadtbahnen nicht nutzen können, können sie Grundlegende Dinge wie Einkäufe oder Arztbesuche nicht, oder nur eingeschränkt erledigen. Sie verlieren ihre Selbstständigkeit und werden vom Einkaufsservice oder dem Pflegedienst abhängig. Diese Dienstleistungen

20

bedeuten für Rentner eine zusätzliche finanzielle Belastung, die sie oft nicht tragen können.

Um die Mobilität älterer Menschen in Bothfeld zu gewährleisten, sollten bis 2014 zumindest an den wichtigsten Stationen Hochbahnsteige zur Verfügung stehen. Höchste Priorität hätten die Haltestellen Bothfeld-Kirchweg, sowie die Kurze-Kamp Straße, da hier die wichtigsten Einkaufsmöglichkeiten, Kirchen, sowie Ärzte zu erreichen sind. V

25

iele Anwohner halten die Priorität von Hochbahnsteigen auf der Linie 9 für hoch, sodass die Politik darüber nachdenken sollte die Kriterien für Hochbahnsteige zu überarbeiten

30

35

40

45

## **Sofortiges Verbot von deutschen Waffenexporten** (wtr: höhere Ebenen)

**Die Jusos in der Region Hannover fordern** einen sofortigen Stopp aller

5 Rüstungslieferungen. Darunter verstehen wir, dass keine deutschen Kriegswaffen oder sonstigen Rüstungsgüter die Bundesrepublik Deutschland verlassen dürfen. Deshalb soll sich die SPD Bundesebene für ein Gesetz einsetzen, welches ein Verbot von Waffenexporten vorsieht.

### **Begründung:**

10

Im Jahr 2009 wurden von der Bundesregierung Rüstungsexporte im Wert von 1 064 956 424 Euro genehmigt, die für Länder in der arabischen Welt, darunter Ägypten und Libyen, vorgesehen waren. Zeitgleich erhoben sich in diesen Ländern die Menschen, um für Freiheit und eine Demokratisierung ihres Landes zu kämpfen.

15

Die Regime der jeweiligen Länder übergaben ihre Macht nicht widerstandslos, sondern antworteten mit Gewalt auf die demokratischen Bewegungen. Dadurch verloren viele der demokratischen AktivistInnen im Kampf für Freiheit, Gerechtigkeit und Demokratisierung ihr Leben. Mit einer hohen Wahrscheinlichkeit wurden diese Menschen sogar Opfer deutscher

20 Waffen. Die Bundesregierung unterstützt einerseits die demokratischen Bewegungen in der arabischen Welt aber liefert andererseits Waffengüter in diese Länder, obwohl dort kaltblütige Diktatoren regieren und die demokratischen Aufstände durch Waffen zerschlagen werden.

25

Deshalb müssen wir uns Jungsozialistinnen und Jungsozialisten dafür stark machen, dass ein sofortiges Verbot von deutschen Waffenexporten zustande kommt, damit dem Blutvergießen entgegengewirkt wird.

30

35

40

45

50